

Regierung Koch, Parlament Kellner

Zu häufig zwingen in Deutschland Regierungen den sie stützenden Fraktionen im Bundestag ihren Willen auf. Das unterhöhlt auf Dauer den Parlamentarismus, sagt Marco Bülow.

„Ihr Eigeninteresse an einer handlungsfähigen Regierung veranlasst die parlamentarische Mehrheit, das Kontrollpotential des Parlaments gegen die Regierung meist nur in homöopathischer Dosierung einzusetzen.“

Manfred G. Schmidt: Das politische System Deutschlands, München 2007

„Dass die Kontrollfunktion deshalb auf die Opposition übergegangen sei, ist ein Ammenmärchen, da zu effektiven Kontrollmaßnahmen zum Schluss ein Mehrheitsentscheid nötig ist, den die Opposition gerade nicht herbeiführen kann.“

Thomas Ellwein: Das Regierungssystem der Parteien BRD, Köln 1965

Die eigentliche „Entscheidungsmitte“, die der Bundestag sein sollte, hat sich auf verschiedene Machtkerne verlagert. Das Parlament spielt nur noch eine Nebenrolle. Die Gründe dafür sind vielfältig. Teilweise haben Entwicklungen wie die Globalisierung und die Europäisierung dazu geführt, dass Nationalparlamente insgesamt an Einfluss verloren haben. In Deutschland kommt die traditionell starke Rolle der Bundesländer mit ihren zahlreichen Mitwirkungsmöglichkeiten hinzu. Leider wird aus der Mitwirkungs- häufig vor allem eine Verhinderungsmöglichkeit. Politische Machtspiele sorgen dafür, dass die politische Gestaltungskraft des Bundes stark eingeschränkt wird. In Zeiten, in denen die Europäische Union viele Richtlinien und Gesetze vorgibt, wiegt diese Einschränkung doppelt schwer. Als wäre der Machtverlust nicht schon groß genug, hat außerdem ein Teil der Wirtschaft über Lobbyisten – dank der freundlichen Mithilfe vieler Abgeordneter – ihren Einfluss ausbauen können. Kombiniert mit der Unsitte, dass Regierungen und Fraktionen immer häufiger externe „Experten-Kommissionen“ aller Art einsetzen, wird der Einfluss der Abgeordneten, teilweise auch ihre Verantwortung

geschmälert und ausgelagert. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Diskussion über die Verteilung des Einflusses und der Entscheidungsmöglichkeiten zwischen Regierung und Parlament an Bedeutung. Reicht es aus, dass die Regierungsfaktionen ihren Einfluss nur in „homöopathischen Dosen“ nutzen, wie es der Politikwissenschaftler Manfred Schmidt nennt? Führt die Beschränkung der Gewissensfreiheit durch die Fraktionsdisziplin gerade bei den Regierungsfaktionen nicht zu einem endgültigen Machtverlust, welcher der Aufgabe der Willensbildung des Parlaments widerspricht? Nimmt der Bundestag entgegen seiner Bestimmung lediglich noch eine Nebenrolle ein? Solche Fragen haben nicht nur für Abgeordnete eine zentrale Bedeutung. Es wird Zeit, darüber eine Debatte auch außerhalb von Experten- und Politikerkreisen zu führen. Wenn ein Parlament seinen Einfluss verliert und auf dem Weg ist, sich überflüssig zu machen, gefährdet dies insgesamt unsere repräsentative Demokratie. Wenn wir nicht umsteuern, ließe sich die Bewertung des Soziologen Max Weber auch bald auf den Deutschen Bundestag übertragen: „Dass heute die englischen Parlamentarier mit Ausnahme der paar Mitglieder des Kabinetts (und einiger Eigenbrötler) normalerweise nichts anderes als gut diszipliniertes Stimmvieh sind.“ (Max Weber: Politik als Beruf, 1918).

Abweichler gelten als unsolidarisch

Ich habe selbst erfahren, wie weit die Fraktionsdisziplin und die Unterdrückung des Gewissens den Einfluss des Parlaments begrenzen und wie schwer es ist, zwischen diesen beiden Polen eine Balance herzustellen. Was viele erstaunen mag: Unter der rot-grünen Regierung gab es für die einzelnen Fraktionen noch weniger Bewegungsspielraum als in der Großen Koalition. Denn für Rot-Grün galt, was immer gilt, wenn die Mehrheit im Parlament sehr knapp ist: Die Führungsriege bemüht sich in besonderem Maße darum, die eigenen Reihen zu schließen.



Das Parlament voll im Griff? Kanzlerin Angela Merkel mit Unions-Fraktionschef Volker Kauder.

Kanzler Gerhard Schröder und sein Vizekanzler, Außenminister Joschka Fischer, peitschten damals viele umstrittene Gesetze ohne ausreichende Diskussionen durch beide Regierungsfractionen. Die Bedenken der Fachpolitiker wurden allzu oft ignoriert. Dieses rigorose Regierungshandeln führte zu einer immer größeren Unzufriedenheit unter den Parlamentariern. Abweichler wurden von einigen ihrer Kollegen oder der Fraktionsspitze gescholten und galten als unsolidarisch. Für mich wurde deutlich, dass man sich die Zustimmung einer wachsenden Zahl von Unzufriedenen holte, indem man ihnen klarmachte, sie würden, falls sie nicht ja sagten, die Verantwortung für ein Scheitern der Koalition tragen.

Das Wort „alternativlos“ streichen

Auch die Parteilinke der SPD verhielt sich diszipliniert und ließ sich deshalb immer wieder einbinden. Zwar hielt sie viele inhaltliche Positionen der Regierung für korrekturbedürftig, dennoch vernahm man als Reaktion darauf – auch aus ihrer Einflusslosigkeit heraus – meistens nur ein Grummeln. Als der Kanzler vorzeitige Wahlen ausrief, weil er sich angeblich auf die Fraktion „nicht mehr verlassen“ konnte, waren die meisten Abgeordneten wie vor den Kopf geschlagen. Um die Macht der Regierungsfractionen zu stärken, hatten sie auf ihr Recht, ja sogar auf ihre Pflicht verzichtet, selbständig denkende und handelnde Parlamentarier zu sein. Die vielbeschworene „zentrale Rolle im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess“ hatte man längst an die Regierung und vor allem an den Kanzler abgetreten. Der Lohn: Zu einer Zeit, als die SPD in den Umfragen und bei den Landtagswahlen Tiefschlag für Tiefschlag einstecken musste, wurde das Parlament mit der wohlwollenden Hilfe des Bundespräsidenten aufgelöst.

Es ging wohl nie primär darum, die Meinung der Fraktion in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Regierungshandeln

präsentierte sich weitgehend als eine Einbahnstraße. Parlamentarier waren dazu da, die Mehrheit sicherzustellen, abzunicken und die Regierungspolitik in ihren Wahlkreisen zu verteidigen. Alles, was von der Regierung kam, war schwer in Frage zu stellen. Gesetze, Vorhaben oder Reformen waren „alternativlos“ – ein Wort, das mir schwer im Magen lag.

Denn politische Entscheidungen sind naturgemäß immer subjektiv, haben immer verschiedene Facetten. Wenn ich eines gelernt habe, dann dies: Es gibt kaum eine Entscheidung, die nur Vorteile bringt, die nicht abgewogen werden muss. Alles hat immer mindestens zwei Seiten. Vor allem aber – und das ist eigentlich eine Binsenweisheit – gibt es stets eine Alternative. Selbst wenn man felsenfest von einem Vorhaben überzeugt ist, fest daran glaubt, eine richtige Entscheidung zu fällen, wird es auch eine andere Möglichkeit geben. Man wird der Meinung sein können, dass diese Alternative schlechter oder weniger wirksam ausfällt, aber sie vollständig zu leugnen ist absurd. Dennoch lieben viele Politiker diese Floskel, die den Anschein erwecken soll, alle Diskussionen, jede Kritik und sämtliche Verbesserungsvorschläge seien unnötig. Ich kann – gerade auch nach meinen Erfahrungen in der rot-grünen Ära – nur dafür plädieren, das Wort „alternativlos“ aus dem politischen Vokabular zu streichen. Wer darauf baut, ist anscheinend nicht in der Lage, sein Vorhaben ausreichend zu begründen. Das ist kein Zeichen von Stärke, sondern eines von Schwäche.

Foto: www.marco-urban.de; Econ-Verlag; SPD



Marco Bülow (SPD)

ist seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestags. Der Beitrag ist ein leicht bearbeiteter und gekürzter Auszug aus seinem Buch „Wir Abnicker“, das kürzlich bei Econ erschienen ist.